

BSD INLA 563 081111A0295

INLAND

CH-ABST. 4.12.88 NA-INITIATIVE KOMITEE KONTRA

Aktionskomitee gegen Ueberfremdungs-Initiative gegründet
Die Rosskur muss wuchtig verworfen werden =

Bern, 11. November (spk) Um die humanitäre Tradition der Schweiz, die Wirtschaft und das Ansehen des Landes bei Nachbarstaaten und in der Welt nicht zu gefährden, muss die Initiative "zur Begrenzung der Einwanderung" am ersten Dezemberwochenende wuchtig verworfen werden. Diese Ueberzeugung vertritt das Aktionskomitee gegen die NA-Ausländer-Initiative.<

Das "Schweizerische Aktionskomitee gegen die 6. Ausländerinitiative" stellte sich am Freitag in Bern der Presse vor. Präsiert wird das Patronatskomitee, dem über 130 National- und Ständeräte angehören, von SVP-Nationalrat Bernard Rohrbasser (FR). Das Vizepräsidium setzt sich zusammen aus den Nationalrätinnen Geneviève Aubry (FDP/BE), Rosmarie Dormann (CVP/LU) und Lili Nabholz (FDP/ZH), Ständerätin Monika Weber (LdU/ZH), ihren Ratskollegen Anton Cottier (CVP/FR) und Bernhard Seiler (SVP/SH) sowie den Nationalräten Gilbert Coutau (Lib./Ge, Franz Dietrich (CVP/GE), Dominique Ducret (CVP/GE), Hanspeter Seiler (SVP/BE), Christian Wanner (FDP/SO) sowie Otto Zwygart (EVP/BE).

Keine Ueberfremdungsgefahr

Patronatspräsident Rohrbasser wies vor der Presse darauf hin, dass zwischen den sechs Ueberfremdungs-Initiativen der vergangenen 20 Jahre und der Gefahr einer Ueberfremdung ein krasses Missverhältnis bestehe. Von einer plötzlichen Ueberfremdungsgefahr könne bei einem Blick in die Geschichte keine Rede sein, wie Zahlen beweisen. 1910 betrug der Ausländeranteil an der ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz 14,7 Prozent, und Ende August 1988 lag er bei 15,1 Prozent.

Die am ersten Dezember-Wochenende zur Abstimmung anstehende NA-Initiative wurde 1985 mit 112 977 gültigen Unterschriften eingereicht. Sie verlangt für die ersten 15 Jahre, dass die Zahl der ausländischen Einwanderer höchstens zwei Drittel der Auswanderer des Vorjahres betragen darf, solange die Wohnbevölkerung der Schweiz 6,2 Mio überschreitet. Später sollen jährlich höchstens soviele Ausländer einwandern dürfen, wie im Vorjahr ausgewandert sind. Neu sollen auch die Flüchtlinge in die Ausländerkontingente einbezogen werden. Weiter verlangt die Initiative, die Zahl der Saisonbewilligungen, die kein Recht auf Daueraufenthalt mehr geben dürfen, auf 100 000 und jene der Grenzgänger auf 90 000 zu begrenzen.

Rückschritt

Das NA-Begehren würde nach Ansicht des Aktionskomitees für die Schweiz einen politischen und wirtschaftlichen Rückschritt mit sich bringen. Als gravierende Folgen einer Annahme der Initiative nannte Rohrbasser die Isolation der Schweiz auf dem internationalen Parkett verbunden mit einem erheblichen Imageverlust, die Gefährdung der humanitären Tradition in der schweizerischen Flüchtlingspolitik und die gravierenden Schäden für die Wirtschaft, die vor allem in den Rand- und Grenzregionen enorme Ausmasse annehmen würden. Angesichts der dringend notwendigen Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit sei diese Initiative schlichtweg kontraproduktiv und zeuge von Fremdenfeindlichkeit.

Erdbebenartiger Einsturz

Der Präsident des Verkehrsvereins Graubünden, CVP-Ständerat Luregn Mathias Cavelty, bezeichnete die Initiative aus der Sicht des Tourismus und des Gastgewerbes gar als eine Katastrophe, deren Annahme in der Branche zu einem erdbebenartigen Einsturz führen würde.

Berechnungen des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga) haben denn auch ergeben, dass bei Annahme der Initiative im Baugewerbe ein Verlust von rund 25 Prozent der Arbeitsplätze zu verzeichnen wäre. Im Gastgewerbe und Tourismus sowie in der Textil- und Bekleidungsindustrie würden rund 20 Prozent der Arbeitsplätze abgebaut, in der Maschinenindustrie 15 und im Gesundheitswesen 10 Prozent. Dieser Abbau würde auch Arbeitsplätze von Schweizern erheblich gefährden.

Ablehnung genügt nicht

Mit deutlichen Zahlen über die zu erwartenden Folgen einer Annahme der Initiative im Gesundheitswesen wartete auch Fritz Leu, Direktor des Berner Inselspitals, auf. Laut Leu stellen heute im Inselspital die Ausländer einen Personalanteil von knapp 20 Prozent. An den Universitätsspitalern von Basel (33,11), Zürich (33,47), Lausanne (39,22) und Genf (49) liegen diese Anteile noch weit höher.

Angesichts der schwerwiegenden Folgen einer Annahme der Initiative rief Cavelty dazu auf, die NA-Initiative nicht bloss zu verwerfen, sondern dem Begehren eine wuchtige Abfuhr zu erteilen. Nur so sei gewährleistet, dass die Schweiz nicht Schaden nehme.
(wyd-wyd-wyd)